

Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 156

September 1961

S ü d t i r o l

Die rund 200.000 Südtiroler wurden von der italienischen Bourgeoisie ihrem kapitalistischen Staat gewaltsam eingegliedert. Die unterdrückten Südtiroler sind in ihrer überwältigenden Mehrheit Kleinbauern, Kleinbürger, Arbeiter, Angestellte. Sie werden gegen ihren Willen in den Grenzen des italienischen Ausbeuterstaates festgehalten: Ein klarer Fall kapitalistischer Unterdrückung eines Nationsteiles. Mit Recht sind die Massen Südtirols zutiefst unzufrieden.

Aber sind die Bombenattentate, die Sprengstoffanschläge usw. Ausdruck dieser berechtigten Unzufriedenheit? Nein! Sie sind - wer immer sie auch verüben möge - das Werk der kapitalistischen Ausbeuter und ihrer Gehilfen. Vieles spricht sogar dafür, daß das Ganze aufgezogen wird von der italienischen und österreichischen Bourgeoisie (mit Unterstützung der Ausbeuterklasse Westdeutschlands, usw.).

Der Zweck davon: nationale Verhetzung! Vor allem die österreichischen und italienischen Arbeiter (Angestellte inbegriffen) gegen einander hetzen. Damit sie möglichst abgelenkt werden vom ständigen Vortreiben der kapitalistischen Ausbeutungs- und Terroroffensive; damit sie möglichst nicht durchschauen die imperialistischen Vorbereitungen - auch der Kapitalistenklasse Österreichs! - zum Zündeführen des 2.

imperialistischen Weltkriegs, der noch keineswegs vorüber ist.

Es ist bezeichnend für das wahre Wesen der SP, KP, daß sie bei dieser nationalen Verhetzung mitmachen, zumindest objektiv, durch die Wirkung ihrer Gesamtpolitik. Das suchen vor allem die Parteien der Stalinbürokratie durch einen ungeheuren Wortschwall zu verdecken. Doch das ändert nicht die Tatsache, daß sie, gleich den Parteien der Sozialbürokratie, stramm an der Seite der "eigenen" Bourgeoisie marschieren. Die SPÖ, KPÖ handeln im Interesse der österreichischen Ausbeuterklasse, die SP, KP Italiens im Interesse "ihrer" Kapitalistenklasse. Darum urteilen sie vom Standpunkt "Österreichs", "Italiens" (lies: der österreichischen, bzw. italienischen Bourgeoisie). Darum schweigen sich diese Verratsparteien der entarteten Arbeiterbürokratie gründlichst aus über die vom Standpunkt der Arbeiterklasse einzig richtige Lösung in der Südtiroler Frage: das nationale Selbstbestimmungsrecht. Heute also, im kapitalistischen Italien in Form des bürgerlichdemokratischen Selbstbestimmungsrechtes.

Das bedeutet: gleich allen Nationen, Nationsteilen, die unterdrückt sind, sich unterdrückt fühlen, haben die rund 200.000 Südtiroler das volle Recht auf staatliche Trennung von Italien, wenn sie es selbst wollen. Sie haben das Recht, darüber selbst zu entscheiden. Heute, im kapitalistischen Italien, als Gesamt-

heit und zwar durch freie, allgemeine, gleiche, direkte, geheime Abstimmung.

Der Kampf für dieses bürgerlich-demokratische Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler muß selbstverständlich verbunden werden mit dem Kampf für die proletarische Demokratie; für deren Errichtung in Italien, Österreich, ja ganz Europa; mit dem Kampf für die Vereinigten proletarischdemokratischen, sozialistischen Staaten Europas, ja der Welt.

Bestände die zwangsweise Eingliederung der Südtiroler noch zur Zeit der Aufrichtung der proletarischdemokratischen Staatsmacht in Italien, was dann? Dann, nach der Errichtung der proletarischen Demokratie wäre die einzig richtige Lösung vom Standpunkt der Arbeiterklasse: "proletarischdemokratisches Selbstbestimmungsrecht für die Massen Südtirols"!

In einem proletarischdemokratischen Italien würden über die staatliche Trennung entscheiden die Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger Südtirols, das heißt ihr Arbeiter- und Kleinbauernrat. -

In den kapitalistisch entwickelten Ländern ist die Bourgeoisie längst gegenrevolutionär geworden. Sogar vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie aus! Der heutige konsequente Kampf für das bürgerlichdemokratische Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler erfordert daher den ernsten Kampf gegen die Ausbeuterklasse Italiens, Österreichs usw! Als treue Verfechter der nationalen Interessen "ihrer" Bourgeoisie, wollen weder SP noch KP vom bürgerlichdemokratischen Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler etwas wissen! Sie raunzen höchstens über "Autonomie" - im kapitalistischen Staat der italienischen Ausbeuterklasse...

Doch wie groß der Spielraum einer solchen Autonomie, sie müsste sich bewegen im bürgerlichen Staat Italien, im Rahmen der Interessen der italienischen Ausbeuterklasse: dafür würde schon sorgen der kapitalistische Staatsapparat! Also auf keinen Fall würde diese Autonomie ändern die Tatsache der zwangsweisen

Eingliederung der Südtiroler in den Staat der italienischen Bourgeoisie!

Das ganze Gerede und Getue der SP, KP mit der "Autonomie Südtirols" soll nur verschmieren die Tatsache, daß sie nicht im Traum daran denken, für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler ernstlich zu kämpfen. Das würde den konsequenten Kampf gegen die Ausbeuter erfordern. Davon will weder die schwindelsozialistische noch die schwindelkommunistische Partei etwas hören!

Warum? In Österreich und Italien ist die SP in offener Koalition - dh. in der kapitalistischen Regierung - mit "ihrer" Bourgeoisie, gegen die ausgebeuteten Massen, dieses Judasbündnis will die SP um jeden Preis aufrechterhalten. Denn nur für die verräterischen Dienste, die die SP der Kapitalistenklasse leistet, läßt diese der Sozialbürokratie den Judaslohn zukommen: einträgliche Posten, Vorteile, Ehren aller Art für die Schärf, Pittermann, Olah, Jonas, Pollak & Co samt deren Sippschaft.

Die KP arbeitet in faktischer Koalition mit der Bourgeoisie Österreichs und Italiens, strebt die offene Koalition an: sie bemüht sich in die Koalitionsregierung aufgenommen zu werden, um dort - auf Kosten der Massen - noch mehr für die egoistische Stalinbürokratie herauszuholen.

Am Beispiel Südtirols ist der Verratscharakter der SP, KP klar zu erkennen. Sie setzen ihre jahrzehntelange Judaspolitik unentwegt fort. Für den konsequenten Klassenkampf der Arbeiter sind sie längst endgültig verloren. Sie führten, führen die Arbeiterklasse immer wieder in schwerste Niederlagen, Katastrophen.

Doch die Arbeiter brauchen unumgänglich eine ihnen treu ergebene Führung im Klassenkampf. Sonst vermögen sie trotz größter Anstrengungen die Kapitalistenklasse und ihre Helfer nicht zu besiegen, dauernd zu besiegen. Sonst können sie niemals errichten die proletarische Demokratie, in der die

Arbeiter Angestellten, armen Bauern, Kleinbürger, diese ungeheure Volksmehrheit, unter Führung der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft bestimmen und kontrollieren.

Um diese Ziele zu verwirklichen, damit das Tor zum wahren demokratischen Weltsozialismus aufzureissen - dazu muß sich die Arbeiterklasse schaffen eine proletarische Klassenführung in Form der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!

Die erste Voraussetzung dazu ist jedoch der Bruch mit SP und KP, diesen verräterischen Parteinstrumenten der entarteten Arbeiterbürokratie!

14.8.1961

H.G.

Ins Stammbuch der "revolutionären Optimisten"

Es gibt ehrliche proletarische Klassenkämpfer, die von Raketen und Atombomben so besessen sind, daß sie darüber die grundlegenden Tatsachen faktisch aus den Augen verlieren: zB. den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat; den Riesenverrat, der SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie; die Notwendigkeit des Schaffens der wahren, der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei.

Trotz bester Absichten kommen so die "revolutionären Optimisten" zu fehlerhaften Einschätzungen der Lage und Perspektive. Sie ziehen völlig irriige Schlüsse bezüglich der Aufgaben der Arbeiterklasse. Sehr deutlich ist das zu sehen bei der Frage des imperialistischen Krieges und seiner konsequenten Bekämpfung: sie übersehen die Tatsache, daß der 2. imperialistische Weltkrieg noch keineswegs beendet ist.

Aus ihrer oberflächlichen Betrachtung ziehen sie verhängnisvolle Konsequenzen. In der April-Nummer eines ihrer Organe war u.a. folgendes zu lesen: "Militärisch hat...der europäische Kontinent

(und vorab Westdeutschland) für die USA-Politik an Bedeutung verloren..."

Dieser Illusion wollen wir einige Worte Adenauers entgegenstellen. Dieser Vertreter der Monopolbourgeoisie erklärte jüngst an einer Kundgebung in Nürnberg, daß die deutschen Streitkräfte gemeinsam mit den amerikanischen Truppen das Kernstück der gesamten NATO-Streitkräfte bildeten. Und das stimmt! So oft Adenauer sonst im Interesse der Ausbeuterklasse die Massen belügt - da hat er die Wahrheit gesprochen!

Die NATO ist ein imperialistisches Kriegsbündnis der entscheidenden Teile der Weltbourgeoisie: gegen den durch die Stalinbürokratie entarteten Arbeiterstaat (die Sowjetunion) und die mit ihm verbündeten, entarteten kapitalistischen Staaten, (die "Volksdemokratien"). Ziel des Bündnisses ist das Zuendeführen des noch unbeendigten 2. imperialistischen Weltkriegs. Diesmal in weltimperialistischer Einheitsfront, nicht mit geteilten Rollen, wie 1939.

Dieser "heiße" imperialistische Weltkrieg soll der Weltbourgeoisie auf längere Zeit profitablen Spielraum sichern. Dazu braucht die dringend zusätzliche Absatz- und Anlagemärkte. Darum plant sie:

1) die imperialistische Unterwerfung der SU und "Volksdemokratien" (China inbegriffen), deren Eingliederung in das kapitalistische System;

2) die Liquidierung der letzten Reste der Oktoberrevolution, die noch in der SU vorhanden - trotz fortschreitender stalinbürokratischer Entartung.

Die NATO wird vom USA-Imperialismus geführt. Sein verlässlichster Bundesgenosse ist die westdeutsche Bourgeoisie. Deren Aufgabe ist es, die westdeutschen Massen als Kanonenfutter für den "heissen" imperialistischen Weltkrieg zu liefern, um die Stalinbürokratie vom Westen her zu packen. (Die japanische Ausbeuterklasse soll das selbe vom Osten her besorgen).

Anstatt die Arbeiterklasse darüber aufzuklären, starren die "revolutionären Optimisten" wie gebannt auf die Atomwaffen. Sicher sind diese ein wichtiger militärischer Faktor, doch von untergeordneter Bedeutung in der Politik. So mächtig ihre zerstörende Wirkung, so sehr diese gesteigert wird - sie sind und bleiben eben nur Waffen.

Die Imperialisten "schmieden Waffen, weil sie Krieg führen müssen" hat schon Trotzki festgestellt. So wichtig Waffen sind - die Politik entscheidet! Die "revolutionären Optimisten", die sich immer wieder auf ihn berufen, haben das vergessen. Sie bekämpfen die Atomwaffen - anstatt in erster Linie die Ausbeuterklasse. Doch nur der proletarischrevolutionäre Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen das kapitalistische System, dem er entspringt - das allein ist zugleich der einzig richtige Kampf gegen den Rüstungswahnsinn. Noch so ehrlich gemeinte Kongresse, Kundgebungen, Protestmärsche, die im Bündnis mit Bein-den der proletarischen Revolution, der proletarischen Demokratie durchgeführt werden - sie schaden dem konsequenten Kampf der Arbeiterklasse, der Massen gegen dem imperialistischen Krieg!

Wer vorgibt, diesen Krieg wirksam bekämpfen zu können im Bündnis mit "Menschen mit den verschiedensten Weltanschauungen", also zusammen mit Kapitalisten, bürgerlichen Intellektuellen, Pfaffen, Stalinbürokraten, Sozialbürokraten, und hätten diese die besten Absichten - wer das vorgibt, der, trotz guten Willens, t ä u s c h t sich selbst und die Massen! Trotz ehrlicher Absichten wirkt dieser Kampf opportunistisch. Er lenkt ab von der proletarischrevolutionären Bekämpfung des imperialistischen Krieges!

Dieser Krieg, die Rüstungen mit Atombomben entspringen dem kapitalistischen System. Nur auf dem Boden des konsequenten Kampfes gegen den Kapitalismus kann wirksamer Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Rüstungswahnsinn organisiert, geführt werden. Konsequen-

ter Kampf aber bedeutet: proletarisch revolutionärer Kampf zum Sturz der Ausbeuterklasse und ihrer Helfer, zur Errichtung der proletarischen Demokratie!

Doch um in diesem Kampf s i e - g e n zu können, brauchen die Massen unumgänglich die proletarische Klassenführung durch die wahre, proletarischdemokratische Arbeiterpartei! Ohne diese gibt es keinen dauernden Erfolg für die ausgebeuteten Massen. Ohne proletarische Klassenpartei vermögen sie nicht die Kapitalistenklasse und ihre Spießgesellen endgültig zu besiegen, dem imperialistischen Morden ein Ende zu bereiten. Diese Partei muß rechtzeitig geschaffen werden!

Die nächste Antwort der Massen auf imperialistischen Krieg und Atombombengefahr ist daher: Aufbau der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!

Sie m u ß sein die Partei der proletarischen Demokratie! Aus den bitteren, blutig bezahlten Erfahrungen mit der verräterischen Arbeiterbürokratie, ihrer SP, KP m ü s s e n die Konsequenzen gezogen werden: organisatorische Garantien gegen jede neuerliche bürokratische Entartung!

Die Parteiangestellten dürfen nur sachverständige B e r a t e r sein und bleiben. Die Parteimitglieder müssen bestimmen und kontrollieren, eben auf dem Wege der proletarischen Demokratie!

Schaffung der wirklichen Arbeiterpartei! Das ist heute die dringendste Aufgabe der Arbeiterklasse, vor allem ihrer klassenbewußten Elemente. Das erfordert zunächst die nötige, beharrliche Arbeit in kleinem Maßstab, die Kernarbeit. Sie ist durch kein Wunschdenken, keinen "revolutionären Optimismus" zu ersetzen!

21.6.1961

O.E.

Berichtigung zum AB Nr.155:
S.4, A.2, vorletzte Zeile, anstatt "Ausbeuterklasse" soll es heißen "Arbeiterklasse".